

Bonn hilft Asien und Afrika

Aufbau-Fonds für Entwicklungsländer geplant — Sonderprogramm für Indien

Von unserem Korrespondenten

W. W. Bonn, Ende August. — Die Bundesregierung beschäftigt sich zur Zeit mit umfangreichen Hilfsplänen für die sogenannten Entwicklungsländer im afrikanisch-asiatischen Raum. Als erstes Teilstück dieser Pläne ist im Bundeskabinett unter dem Vorsitz von Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard ein Sanierungsprogramm für Indien behandelt worden. Gleichzeitig äußerte Bundesaußenminister v. Brentano in einer Rundfunkansprache die Hoffnung der Bundesregierung, daß großzügige Entwicklungshilfen zur Wiederherstellung der traditionellen Freundschaft zwischen den Völkern des Orients und des Westens beitragen werden. Brentano wies in diesem Zusammenhang auch auf die von Präsident Eisenhower vor der UNO-Vollversammlung dargelegten Hilfspläne der USA hin und sagte, zwar könnten materielle Anstrengungen allein nicht genügen, doch seien sie die beste Voraussetzung für die Überwindung der bestehenden Vertrauenskrise.

Eine fünfköpfige deutsche Regierungsdelegation, die in diesen Tagen zu einer Sonderkonferenz bei der Weltbank nach Washington fliegt, hat den Auftrag erhalten, die Bemühungen der Weltbank um die Aufbringung von mehr als einer Milliarde Dollar, die Indien noch zur Verwirklichung seines Fünfjahresplanes fehlen, zu unterstützen. Darüber hinaus wird Prof. Erhard Anfang Oktober nach Neu Delhi reisen, um an der Jahrestagung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds teilzunehmen.

Neben Großbritannien gehört die Bundesrepublik zu den größten Gläubigern Indiens, das infolge seiner umfangreichen Industrialisierungspläne in eine Finanzkrise geraten ist. Voraussichtlich werden sich — so wurde in Bonn ebenso wie in London bekannt — die westlichen Gläubigergenerationen darüber verständigen, daß sie ihre Guthaben in Indien der Weltbank leihen, die sie dann Indien für eine längere Zeit überlassen kann. Das bedeutet für Indien eine große finanzielle Erleichterung. Allein die Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber der Bundesrepublik würden sonst bis 1961 rund eine Milliarde D-Mark betragen, gegenüber

Großbritannien das Zwei- bis Dreifache dieses Betrages.

Im auswärtigen Amt und im Bundesfinanzministerium wird man sich allmählich darüber klar, daß in der nächsten Zeit weitere große finanzielle Anforderungen aus dem Ausland an die Bundesrepublik herantreten werden. Im Bundeshaushalt stehen bisher 50 Millionen D-Mark für die Entwicklungsländer bereit und außerdem, über mehrere Jahre verteilt,

500 Millionen DM für die afrikanischen Teile der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, d. h. für den Belgischen Kongo und für die französischen Besitzungen in Nord- und Westafrika.

Man rechnet nun damit, daß darüber hinaus ein Aufbaufonds für andere Länder des afrikanisch-asiatischen Raums eingerichtet werden muß, dessen Umfang über der Milliardengrenze liegen dürfte. Zwischen den Vereinigten Staaten und verschiedenen europäischen Staaten haben schon erste Fühlungen über die Einrichtung eines solchen Fonds stattgefunden, aus dem auch die industrielle Entwicklung der arabischen Staaten gefördert werden soll. Wenn auch über die Einzelheiten noch keine klaren Vorstellungen bestehen, so setzt sich doch die Auffassung durch, daß die Bundesrepublik ebenso wie andere westliche Staaten in naher Zukunft gezwungen sein wird, große Belastungen auf sich zu nehmen, um den Entwicklungsländern zu helfen.

Tauziehen um die Antarktis

Geheimverhandlungen in Washington

New York (ap). Geheime Verhandlungen über das Zustandekommen eines Vertrages, der den gegenwärtigen rechtlichen Status der Antarktis gewährleisten soll, sind in Washington geführt worden. Wie die „New York Times“ berichtet, haben sich an den Besprechungen zwölf Staaten beteiligt: die USA, die Sowjetunion, Argentinien, Australien, Belgien, Großbritannien, Chile, Frankreich, Japan, Neuseeland, Norwegen und Südafrika.

Im Bericht der „New York Times“ heißt es weiter, die Sowjetunion habe bekanntgegeben, daß sie die Errichtung von

zwei neuen Stützpunkten in der Antarktis und die Durchführung transkontinentaler Forschungsexpeditionen plane. Die neuen sowjetischen Stützpunkte würden in dem von Norwegen beanspruchten Königin-Maud-Land und an der Küste des Bellinghousen-Meeress errichtet. Wie die „New York Times“ schreibt, wird „im Oktober eine sowjetische Expedition von ihrem Stützpunkt Wostok am magnetischen Erdpol nach dem US-Stützpunkt am Südpol aufbrechen und von dort wahrscheinlich über das antarktische Hochplateau bis zum Unzugänglichkeitspol vorstoßen“.

Frieden — wie lange?

K. W. B. Ist das, was in dieser Woche in New York, im Schoße der Vereinten Nationen, geschah, der so lange gesuchte Friede in Nahost? Oder erleben wir eine aus der Gunst des Augenblicks geborene Beschwichtigung, etwa nur eine Überkleisterung der Krise, die vor fünf Wochen mit der Drohung eines Krieges die ganze Welt überfiel? Ein Teil der Delegierten an dieser abgeschlossenen fünften Sondersitzung der Vollversammlung gibt sich Gefühlen der Hochstimmung hin, als habe er an einem wirklich geschichtlichen Ereignis mitgewirkt. Die Vereinten Nationen selbst haben in den Archiven ihrer fünfzehnjährigen Geschichte auch noch kaum einen Beschluß aufbewahrt, der mit einer Zustimmung von 80 : 0 Stimmen gefaßt worden wäre. Man könnte aber die Plötzlichkeit dieser Resolution der arabischen Länder, die die Versammlung eher nach Hause schickte, als es jedermann erwarten konnte, auf den verbindlichen, vielfach farblosen Text zurückführen, der niemandem wehe tat und niemandes Prestige verletzte.

Das wäre freilich eine Erklärung, die nur der Sprache der diplomatischen Papiere und Dokumente gerecht würde. In der New-Yorker Vollversammlung der Vereinten Nationen aber ist nicht sosehr der Text der arabischen Entschließung bedeutungsvoll geworden als vielmehr die Politik, die ihn ermöglicht hat.

Sie muß man nun noch einmal unter die Lupe nehmen; denn sie ist die Wurzel zu jener Einigung, die zu verhindern Chruschtschow fünf Wochen lang die aufregtesten, aber vergeblichen Anstrengungen gemacht hatte.

Die arabischen Staaten selbst haben durch den geschickten Schachzug, ihr Gegeneinander durch eine gemeinsame Willenserklärung zu überbrücken, selbst den Sowjets den Boden für eine Politik der Spaltung und der Gruppenbildung im Nahen

Osten entzogen. Mit der Einigung der arabischen Staaten, die den neuen Irak, Libanon und selbst Jordanien in die gemeinsame Absprache einbezogen, hatten wohl nicht einmal die genauen Sachkenner der verworrenen Geschichte des Vorderen Orients gerechnet. Doch vielleicht hat es jener amerikanische Diplomat getan, der während dieser Wochen der schweren Krise nicht nur in Beirut geblieben war, sondern Amman und Bagdad, Jerusalem und schließlich Nassers Kairo in seine ausgedehnten Gespräche eingeschlossen hat. Die Mission Murphys in diesen schweren Wochen war ein Bestandteil der stillen Diplomatie, wie sie ebenso eine Fortsetzung jener Maßnahmen war, die mit der Landung der amerikanischen Marine-Infanteristen an der libanesischen Küste begonnen haben.

Heute ist klarer zu erkennen, wie diese Politik weniger Wochen der sowjetischen Anwesenheit und dem sowjetischen Vordringen in den Nahen Osten mehr zugesetzt hat als alle vorangegangenen Erklärungen, Pakte und Abmachungen. Man könnte sagen, daß die „Eisenhower-Doktrin“ für den Nahen Osten, die ungewollt das inner-arabische Gegeneinander mehr genährt als abgebaut hat, in diesen Wochen zu einem Schatzen verblaßt ist. Auch die Stacheln des Bagdad-Paktes, der die Zweiteilung des Vorderen Orients wider Willen mit immer neuen Argumenten panzerzte, scheinen abgestumpft. Eisenhowers Auftritt vor den Vereinten Nationen hat mit seinem Programm zur Hilfe für den ganzen Vorderen Orient, das eine solche Hilfe in die Verteilungs-Obhut aller arabischen Staaten legt, den Umschwung im politischen Verhalten der Nahoststaaten zueinander bewirkt.

Da die arabischen Staaten die Resolution eingebracht haben, zu der sich sämtliche 80 Nationen (außer der abwesenden Dominikanischen Republik) verstanden haben, wird die Befolgung dieser politischen Linie frei sein von jedem Vorwurf einer Einmischung in die Politik dieser Staaten.

Im schwachen Jordanien aber liegt das Problem von morgen. In den Wandelgängen der Vereinten Nationen war überraschend die bislang feindliche Hand der arabischen Länder dem zwischen Israel und dem Nasser-Dynamismus eingepferchten kleinen Land zu Hilfe gekommen. Doch die Entschließung der Einigkeit mit der „Vereinigten Arabischen Republik“ hat gewiß diesen Teil des Nahostens nur vorübergehend gerettet.

Der Friede in Nahost bleibt also ein Ziel. Er ist aber in diesen Wochen um kräftige Schritte vorangekommen. Auf keinen Fall aber wird zu übersehen sein, welche neue günstigere Plattform der Westen jetzt in seinen Beziehungen zum Nahen Osten gewonnen hat.

Der Westen hat mit der amerikanischen Bereitschaft, Hilfe so zu geben, wie sie die arabischen Länder selbst untereinander verteilen wollen, ein neues Prinzip der Freundschaft ohne Gegenverpflichtung aufgerichtet. Dies Prinzip wird gerade dort gedeihen können, wo die Angst vor der Bevormundung als politischer Faktor erster Ordnung gilt. Aus dem Geiste von New York muß nun Politik werden. Dazu ist freilich das Weiterdenken und Weiterhandeln aus der Erfahrung der letzten Wochen nötig. Der Friede, nach dem so lange gesucht wurde, ist zwar nähergerückt. Aber die Möglichkeiten, ihn zu brechen, sind noch groß und unübersehbar.

Adenauer fährt zu de Gaulle

Treffen für 14. September in Lothringen vereinbart

Paris / Bonn (dpa). Bundeskanzler Adenauer trifft am 14. September mit dem französischen Regierungschef de Gaulle in Colombey-les deux Eglises, dem lothringischen Wohnsitz de Gaulles, zusam-

men. Gutunterrichtete Kreise in Paris bestätigen, daß der Bundeskanzler nach Colombey fahren werde, obgleich protokollarisch de Gaulle nach Bonn fahren müßte, da er kürzer im Amt ist als Adenauer.

Mit Stimmzetteln nichts zu machen

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in der Zone

B. Berlin (Eigenbericht). Im Westen herrscht viel Skepsis über Meldungen, daß es in der Sowjetzone immer schlechter würde, weil die Tatsachen doch oft das Gegenteil zu beweisen scheinen. Trotzdem berichten Bewohner aus Mitteldeutschland von Verschlechterungen. Damit meinen sie nicht einmal so sehr die Versorgung mit materiellen Gütern, sondern den politischen Druck. Am schwersten liegt auf ihnen die Sperre für Westreisen. Viele kommen sich wie in einem Käfig vor, dessen Gitter immer enger werden.

MAGDEBURG

Man schwört auf West-Medikamente. Monatlich passieren 40 000 Postsendungen mit Westmedikamenten den Paketkontrollpunkt Magdeburg. Die Ärzte wurden über den Kreisarzt und den Kreisapotheker angewiesen, in Zukunft nur in dringenden Fällen „Westpräparate“ zu verschreiben. Der Glaube an die besseren Westarzneien müsse systematisch bekämpft werden. Auch in der Zone gäbe es gute Heilmittel.

Die SED hatte im Klubhaus „Fritz Heckert“ zu einer Konferenz von Gewerkschaftern aus Ost und West eingeladen. Sie forderten westdeutsche Kommunisten zu Erklärungen heraus. Angeblich soll ein Betriebsrat aus Hameln in Magdeburg gesagt haben: „Mit dem Stimmzettel ist bei uns nichts mehr zu machen, sondern nur mit der Erkenntnis: Jetzt ist der Tag da, und da kann es einmal ganz schnell gehen.“

Am Rothenhorn wird Jazz getanzt. Trotz der Anweisung der Kulturabteilung, bei den Tanzveranstaltungen in Zukunft nur 40 Prozent westdeutsche und westliche Tanzmusik zu spielen, forderten die Jugendlichen von Magdeburg die volkseigenen Kappellen auf, heiße Musik zu spielen.

Fernsehen — ganz groß. Der Bezirk Magdeburg hat die meisten Fernsehteilnehmer. Während in Dresden und an anderen Orten noch Fernsehgeräte zu kaufen sind, ist die für den Bezirk Magdeburg vorgesehene

Produktion auf lange Zeit verkauft. Der Grund dafür ist die Tatsache, daß man dort auch den Westen sehen kann. Die Fernsehantennen zeigen nach dem Torfhaus im Westen in die gleiche Richtung wie für das Ostfernsehen, das vom Brocken ausgestrahlt wird. Ein SED-Funktionär beklagte sich auf einer Einwohnerversammlung: „Bei uns kann man nicht einmal an den Antennen sehen, was die Leute empfangen.“

EBERSWALDE

Keine Gummiringe zur Einmachezeit. Die Haushaltsgeschäfte in Eberswalde haben keine Gummiringe. Die Bauernfrauen klagen über diese Tatsache und schimpfen auf die Bedarfsforscher. Sie können ihr Obst weder in Büchsen einmachen, weil es keine Büchsendeckel gibt, noch in Einweggläser, weil es keine Gummiringe gibt.

Aus Protest weggelaufen. Eine Einwohnerversammlung mußte aufgelöst werden, auf der ein Staatsfunktionär die Reisesperre nach Westdeutschland rechtfertigen wollte. Die Zuhörer sollen dazwischengerufen und gepfiffen haben, als der SED-Redner von Agenten und Spionagefurcht gesprochen hat.

Eine Beschwerde ganz oben gilt als „Geheimrezept“. Neuerdings fürchten sich die Staatsfunktionäre vor einer Beschwerde bei ihren vorgesetzten Dienststellen in Ostberlin. Vor allem soll nichts auf Regierungsebene geschehen. Da die Reisebeschränkungen nach Prozent gedrosselt sind, kommt es auf die Anzahl der Anträge an. Wenn zwei aus der Familie reisen wollen, müssen zehn Verwandte und Freunde einen Antrag stellen.

HALLE

Agit-Prop-Programme werden Visitenkarte. Jeder Betrieb muß eine Agit-Prop-Truppe auf die Beine stellen, die bei der Bewußtseinsbildung der Bevölkerung helfen. Junge Schüler und Studenten mußten sich auf diese Weise gesellschaftspolitisch betätigen. Besonders könne man dann den „kapitalistischen

Feind“ angreifen und bekämpfen.

Auf einer FDJ-Sitzung wurde in Halle die Frage gestellt, ob man denn nicht schon deshalb nach dem Westen reisen müsse, um dort an Hand von Tatsachen seine „Feinde“, die „Kapitalisten“, kennenzulernen. Der linientreue FDJ-Sekretär antwortete: „Die kapitalistischen Feinde tarnen sich so raffiniert, daß ein normaler Reisender ihre Fratzen nicht erkennen könne. Die SED gibt schon die richtigen Darstellungen.“

DRESDEN

Ärger mit Rowdys. Nach Meldungen der „Sächsischen Zeitung“ sind im Bezirk Dresden die Rohheitsdelikte Jugendlicher um 65 Prozent gestiegen. In fast allen Städten des Bezirks würden jugendliche Rowdys anzutreffen sein, die unter Alkoholeinfluß Fahnen des Arbeiter- und Bauernstaates zerfetzen und Angehörige der Staatsmacht beleidigen.

Wir wollen keine Knechte sein ... Selbständige Bauern äußerten bei Flurbesichtigungen der SED, sie würden nicht Knechte der LPG-Vorsitzenden sein wollen. Die Brigadiere würden bestimmen, was sie tun müssen. Sie erhielten die Antwort, alle Menschen in der „DDR“ seien freie Menschen auf freier Scholle.

Neue Maßnahmen gegen Grenzgänger

Berlin (Eigenmeldung). Über die rigorosen Maßnahmen der Sowjetzonen - Behörden gegen die in Westberlin arbeitenden Grenzgänger sind weitere Einzelheiten bekanntgeworden. Wie aus Potsdam berichtet wurde, sollen vielen Grenzgängern, die sich weigerten, ihre Westberliner Arbeitsplätze aufzugeben, die Wohnungen fortgenommen worden sein. Anderen Grenzgängern wurden die Ausweise abgenommen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.

Der Angriff gegen die Oberschüler

SED-Pläne für Reform des Schulwesens — Funktionäre bestimmen über Abitur

K. Berlin (Eigenbericht). Die Oberschüler gehören von jeher zu den besonderen Sorgenkindern des SED-Regimes. Immer wieder kann man hören, daß es ihnen an der nötigen „ideologischen Klarheit“ fehle. Häufig wird darüber geklagt, daß der neue „sozialistische Geist“ an den Oberschulen noch höchst ungenügend zu Hause sei. Auch mit der sozialen Zusammensetzung der Oberschüler ist das System nicht zufrieden: nur 43 Prozent sind Arbeiter- und Bauernkinder — nach Meinung der Volksbildungsfunktionäre, die offen den Klassencharakter der Schule betonen, ein viel zu geringer Anteil.

Lange schon sannen die Zonen-Machthaber auf Abhilfe dieser Mängel. Daß Mißtrauen gegenüber der politischen Haltung der Oberschüler kam schon in der Maßnahme zum Ausdruck, Oberschulabsolventen nicht mehr direkt zum Studium an einer Universität oder Hochschule zuzulassen, sondern erst nach einjährigem Betriebspraktikum. Dadurch soll eine bessere Auslese der von den Oberschulen kommenden Studienbewerber nach politischen Gesichtspunkten gewährleistet werden.

Doch dabei blieb es zunächst. Die ein Vierteljahr zurückliegende Schulkonferenz der SED hatte sich nicht besonders mit dem Problem der Oberschule auseinandergesetzt, und man konnte deshalb annehmen, daß sich, abgesehen von der für das gesamte Bildungswesen obligatorischen „sozialistischen Orientierung“, zumindest strukturell nichts ändern werde. Erst auf dem Parteitag der SED ließ Walter Ulbricht erkennen, daß durchaus einschneidende Änderungen im bisherigen Lehrbetrieb der Oberschulen geplant sind. Der aus den alten Oberschulen übernommene Unterrichtsstoff soll, so forderte der SED-Sekretär, zugunsten der vielzitierten polytechnischen Bildung aus dem Unterrichtsprogramm verschwinden, und der Schüler soll während seiner Studienzeit bereits einen Beruf lernen. Beim Abitur will man ihn dann nicht nur auf seine wissenschaftlichen Kenntnisse,

sondern auch auf seine gesellschaftliche Arbeit, seine Kenntnisse im Beruf und seine Kenntnisse in der Gesellschaftswissenschaft prüfen.

Erst Berufsausbildung

Jetzt erfährt man nun aus einem im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ veröffentlichten „Diskussionsbeitrag“ zu diesem Thema, daß noch wesentlich weitreichendere Pläne für eine Oberschulreform bestehen als das selbst Ulbrichts Worte bereits erkennen ließen. Um endlich den lange erstrebten politischen Wandel an den Oberschulen herbeizuführen, ist daran gedacht, den Oberschulbesuch künftig von ähnlichen Voraussetzungen abhängig zu machen wie ein Hochschulstudium. Jeder Mittelschüler, der einmal eine Oberschule besuchen möchte, soll demnach im Anschluß an die Erlangung der Mittleren Reife erst eine zweijährige Berufsausbildung mit anschließender Facharbeiterprüfung in einem sozialistischen Betrieb der Industrie oder Landwirtschaft durchmachen. Gleich-

zeitig müßte er eine Berufsschule besuchen und im zweiten Lehrjahr einer Betriebskommission eine Bewerbung zum Oberschulbesuch einreichen. Diese Kommission soll sich vor allem aus „vorbildlichen“ Arbeitern bzw. Genossenschaftsbauern, einem Vertreter der FDJ-Betriebsgruppe und des FDGB sowie den Klassenlehrern des Bewerbers zusammensetzen.

Weiter ist geplant, die Oberschüler in Internatsschulen zusammenzufassen, etwa nach dem Muster der Arbeiter- und Bauernfakultäten. Auch diese Maßnahme soll natürlich der ideologischen Kontrolle dienen. Aus Oberschulen würden dann kommunistische Bildungskasernen. Allerdings hätte ein solcher geplanter Entwicklungsgang — zehn Jahre Mittelschule, zwei Jahre Lehrzeit mit Berufsschule, zwei Jahre Oberschule — zwangsläufig eine Senkung des Bildungsniveaus zur Folge. Aber das ist, soweit es die Geisteswissenschaften betrifft, wahrscheinlich auch von den Initiatoren dieser Pläne bewußt beabsichtigt.

SSD-Spitzel festgenommen

Als „politischer Flüchtling“ nach Westdeutschland geschickt

Berlin (Eigenbericht). Ein gefährlicher und dreister Spitzel des sowjetzonalen Ministeriums für Staatssicherheit ist der Politischen Polizei jetzt ins Netz gegangen: der 24jährige Lagerarbeiter Werner V. aus Wollin/Brandenburg. Er war im Juli 1956 als „politischer Flüchtling“ nach Westberlin gekommen, nachdem er in der Sowjetzone eine Haftstrafe abgesessen hatte. Der ehemalige Angehörige der Volkspolizei wurde sofort nach Wattenscheid/Westfalen ausgeflogen. Kaum hatte er dort Fuß gefaßt, als er Verbindung zur „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ aufnahm.

In dieser Zeit schrieb Werner V. einen abfälligen Artikel über die Bundesrepublik und schickte ihn an die sowjetzonale SED-Zeitung „Märkische Volksstimme“. Als das bekannt wurde, leitete man ein Ermittlungsver-

fahren gegen ihn ein, um ihm die Anerkennung als „politischer Flüchtling“ zu entziehen. Jetzt wurde ihm der Boden zu heiß. Weil er angeblich „unter Arbeitslosigkeit zu leiden hatte“, floh der Lagerarbeiter zurück in die Sowjetzone, erstattete dort dem SSD ausführlich Bericht über Mitglieder der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ und übergab auch schriftliche Unterlagen über die Organisation.

Die Westberliner Polizei vermutet, daß der Spitzel von Anfang an mit einem Auftrag des SSD in die Bundesrepublik eingeschleust worden ist. Er wurde gefaßt, als er jetzt frech bei der Westberliner Geschäftsstelle der „Vereinigung“ auftauchte und erklärte: „Ich will nur mal die Lage peilen. Ich glaube, ich werde mich wieder nach hier absetzen müssen.“

„König Krösus“ kam in die Türkei

Um eine Hochzeitsfeier und den alten Schatz — Westen gewährt Wirtschaftshilfe

Istanbul, im August

Das war eine Hochzeitsfeier gewesen! Der kleine Ort Kemalpascha, den man nur auf sehr guten Straßenkarten der Türkei nahe den Ruinen des alten Sardes finden kann, sprach wochenlang davon. Woher der einfache Erdarbeiter, der noch bis vor wenigen Tagen auf einem fremden Grundstück schaufelte, das Geld hatte, um Hunderte von Menschen bei seiner Hochzeit zu bewirten und außerdem noch zwei Häuser zu kaufen? Die Behörden befaßten sich mit dem Fall und wenige Tage später konnte man in den Zeitungen von dem Gerücht lesen, wonach dieser Mann wohl den Schatz des Krösus gefunden haben könnte. Woher er nun wirklich das viele Geld hat, ist noch nicht bekanntgeworden.

Amerikaner helfen graben

In der Türkei wird immer wieder nach Schätzen gegraben, denn Flüchtlinge, die es auf diesem Boden seit jeher gab, haben ihre Werte der Erde anvertraut, um meist niemals wiederzukehren. Nach dem Schätze des Krösus wird jetzt mit staatlicher Bewilligung durch eine amerikanische archäologische Mission geforscht. Heute ist in der Türkei infolge der Teuerung nicht nur der einfache Mann an einem Schatz interessiert, auch der Staat ist in eine finanzielle Lage geraten, in der er einen ausgiebigen Goldschatz sehr gut gebrauchen könnte. Der Reichtum des Krösus, des letzten Königs der Lydier war schon zu seiner Zeit sprichwörtlich. Die Glücksträhne des im Jahr 560 v. Chr. auf den Thron Gekommenen war so groß, daß der bedeutende griechische Philosoph Solon eines Tages sagte: „Niemand ist vor seinem Ende glücklich zu nennen!“

Hoffnung auf Reichtum

Wo liegt der Schatz des Krösus verborgen? Die erste Grabung im Jahre 1955 führte zur Entdeckung von massiven Goldplättchen, Schmuckgegenständen, wertvollen Steinen. Die jetzige Grabung, ausgerüstet mit mo-

dernsten Forschungsgeräten, untersucht das Gebiet des ehemaligen „Gymnasions“ und jenen Teil des Trümmerfeldes, auf dem der Königspalast gestanden haben dürfte. Das Grabungsprogramm sieht drei Jahre intensive Arbeit vor. Ob dann die Türkei einen Schatz in Händen halten wird, der geeignet sein könnte, sie ebenso sprichwörtlich reich zu machen, wie es die Lydier waren?

Vielleicht aber ist der „Schatz des Krösus“ — allerdings in ganz anderer Form — doch schon in den Händen der Türkei. Die letzten Jahre haben gezeigt, daß es auch in der Türkei nicht möglich ist, nur mit Hilfe der Notenpresse einen grundlegenden Wirtschaftsaufbau durchzuführen. Die Teuerung nahm zu, der Wert der türkischen Valuta im Ausland sank ab, die Zahlung der Verpflichtungen wurde immer schwieriger und endlich nahezu unmöglich, so daß das Ausland mit weiteren Lieferungen zurückhielt, was zur Warenverknappung in der Türkei, damit aber zum Schwarzmarkt und zum Schmuggel führte. Dies alles untergrub die Wirtschaft immer mehr. — Die Flucht in die Sachwerte stieg, und damit wurden Kapitalien unwirtschaftlich gebunden. Eines von das andere nach sich, bis sich die Türkei kürzlich entschließen mußte, das Ausland um Finanzhilfe zu bitten.

Auch Bundesrepublik dabei

Die Beratungen wurden Ende Juli zum Abschluß gebracht. Neben der Bundesrepublik haben England und die übrigen Staaten der Europäischen Zahlungs-Union sowie die USA namhafte Beträge zur Verfügung gestellt, die jetzt, als gemeinsame Stützungsaktion aller Beteiligten, der Türkei unter Bedingungen, die in Paris ausgehandelt wurden, zur Verfügung stehen. Das Land kann sich grundlegend sanieren. Die Ratschläge des Auslandes und die notwendigen Einsparungen sowie die Freigabe der Gelder ausschließlich für produktive Zwecke erscheinen geeignet, den natürlichen Reichtum des Lan-

dés an Bodenschätzen verschiedener Art, vom Chrom über Kupfer zum Erdöl, auszuwerten, die Landwirtschaft modern auszugestalten und die vorhandene Industrie wieder voll anzulaufen zu lassen.

Damit aber hat sich „König Krösus“ in der Türkei höchst persönlich eingefunden. Es ist jetzt Sache der Türkei, ihren Reichtum wirklich auszunützen.

Arbeitslosigkeit auf Tiefstand

Berlin (Eigenbericht). Der jetzt vorliegende ausführliche Julibericht des Landesarbeitsamtes Berlin macht die erfreuliche Feststellung daß im abgelaufenen Monat die Arbeitslosenzahl in Westberlin um 13 742 oder 17,2 v.H. auf 68 081 abgenommen hat. Sie lag damit um 10 754 niedriger als vor einem Jahr und um 1033 unter dem tiefsten Stand des Vorjahres. Ausschlaggebender Faktor für die Entlastung auf dem Arbeitsmarkt war der saisonale Aufschwung in der Bekleidungsindustrie. Mehr als die Hälfte der Gesamtabnahme der Arbeitslosigkeit bei den Frauen entfiel allein auf die Textilhersteller und -verarbeiter. Aber trotz des kräftigen Arbeitslosenrückgangs wurde der vorjährige Stand in der Bekleidungsindustrie nicht erreicht. Denn die Zahl der weiblichen Arbeitslosen war bis Ende Juni auf 10 020 angestiegen, während der Ausgangsstand in der Vergleichszeit des Vorjahres bei 7677 lag. Als bemerkenswert wird der zögernde Abgang bei arbeitssuchenden Heimarbeiterinnen der Damenoberbekleidungsbranche hervorgehoben. Dabei läßt sich noch nicht übersehen, ob in der Fertigungsmethode unter etwagem Verzicht auf das Heimarbeiter-System Änderungen bevorstehen. Neben den Anforderungen der Metallwirtschaft, besonders aber der Elektroindustrie, trugen die Einstellungen des Handels und Handelshilfsgewerbes für den Sommerabsatzverkauf zum Abbau der Frauen-Arbeitslosigkeit bei, die sich um 9092 oder 18 v.H. verminderte.

Die Beziehungen zu Polen

Landsmannschaft gegen Aufnahme diplomatischer Kontakte

W. Bonn (Eigenbericht). Bundesaußenminister von Brentano hatte eine längere Unterredung mit dem Vorstand des Verbandes der Landmannschaften über die Herstellung offizieller Beziehungen zu Polen. Der Vorsitzende der Landmannschaften, Dr. Manteuffel-Szoerge, hat in diesem Gespräch von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Begründung abgeraten, daß dadurch die Aufrechterhaltung des Anspruchs auf die deutschen Ostgebiete erschwert würde. Nach Ansicht Manteuffels könnten dagegen ohne Schaden Wirtschaftsmissionen mit Polen ausgetauscht werden.

Das Auswärtige Amt teilte dazu mit, daß die Besprechung auf Bitten des Verbandes der Landmannschaften erfolgt sei. Minister von Brentano habe seinen Gesprächspartner erklärt, eine endgültige Entscheidung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen sei noch nicht gefallen.

Hauptgegenstand der Unterredung zwischen Manteuffel und dem Minister war die Aufklärung des Schicksals der Heimatvertriebenen, die gegenwärtig auf Beschluß des Bundestages vorgenommen wird. Von den 17,2 Millionen Deutschen aus den Vertreibungsgebieten konnten bis heute 7,7 Millionen, nach Familien geordnet, erfaßt werden.

In mühseliger Kleinarbeit wurden bis Mitte dieses Jahres Listen der früheren Bewohner von rund 11 000 Städten und Ge-

meinden in den Vertreibungsgebieten aufgestellt. Weitere 19 000 Gemeinden werden zur Zeit bearbeitet. Für die restlichen 1000 Gemeinden muß die Erhebung noch vorgenommen werden. Alle fertigen „Soll-Listen“ gehen den Heimatorts-

karteien der kirchlichen Wohlfahrtsverbände zu. Hier laufen auch die Fragebogen ein, die das Deutsche Rote Kreuz an die 6,5 Millionen Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik verteilt hat, um Auskunft über ihr Schicksal und über das Schicksal ihrer Bekannten zu erhalten. Die „Soll-Listen“ werden dann mit den Angaben der Vertriebenen verglichen.

Senat zum Ostberliner Milchangebot

Prüfung durch interzonale Wirtschaftsstellen zugesagt

Berlin (Eigenmeldung). Zu dem Angebot des Ostberliner Magistrats, Westberlin für das zweite Halbjahr 1958 rund 30 000 Tonnen Milch (etwa 30 Millionen Liter) aus der Umgebung der Stadt zu liefern, hat Wirtschaftssenator Hertz mit dem Hinweis auf die Abmachungen im Interzonenhandel Stellung genommen. Hertz erklärte in einer vom Senatspresseamt veröffentlichten Erklärung, es sei zu begrüßen, wenn man Westberlin in Anbetracht der gegenwärtig langen Anlieferungen wenigstens zum Teil mit Rohmilch wie früher beliefern würde. Das Angebot des Ostberliner Magistrats sei indes schon deswegen nicht realisierbar, weil sich Westberlin nicht plötzlich von seinen seit Jahren bewährten Lieferanten in Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Bayern trennen könne.

Der Wirtschaftssenator weist ferner darauf hin, daß Westberlin in den letzten Jahren keine Schwierigkeiten mit seiner Milchversorgung aus Westdeutschland hatte. Sonderab-

machungen auf dem Gebiete des Interzonenhandels könne Westberlin von sich aus nicht treffen. Es müßten sich daher die „dafür berufenen Stellen“, die westdeutsche Treuhandstelle für den Interzonenhandel, und das sowjetzonale Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, mit dieser Frage erneut beschäftigen. Wie Hertz weiter mitteilte, haben wiederholte Vorschläge der Treuhandstelle für den Interzonenhandel in diesem Punkte bisher zu keinem positiven Ergebnis geführt.

In dem Schreiben des Ostberliner Stadtrates Schneider war vorgeschlagen worden, daß man Einzelheiten einer vertraglichen Regelung „direkt“ besprechen könne.

Die Zufuhren von Trinkvollmilch nach Westberlin aus der Bundesrepublik betragen im Jahre 1957 etwa 130 Millionen Liter. Die Milcherzeugung in Westberlin selbst ergab im gleichen Jahr etwa 16 Millionen Liter.

*

DT. Das „großzügige“ Milchangebot des Ostberliner Magistrats an das „notleidende Berlin“ wird die Bevölkerung Ostberlins am stärksten überraschen. Sie klagt sowohl über die hohen Milchpreise als auch über die immer noch mangelhafte Versorgung. Wie würde es erst mit der Milchversorgung in Ostberlin und in den Randgebieten bestellt sein, wenn der Senat dem Angebot tatsächlich sofort zugestimmt hätte? Der Gedanke, daß das Schreiben des Magistrats von politischen Spekulationen bestimmt ist, liegt also nahe. Es wird in der Tat Aufgabe zuständiger Wirtschaftsstellen sein, diesen Fragenbereich ernsthaft zu prüfen.

Lemmer sprach zu UNO-Studenten

Berlin (Eigenbericht). Vor der Jahrestagung der Internationalen Studentenbewegung für die Vereinten Nationen (SMUN), die sich in Berlin zur Zeit mit dem Thema der Menschenrechte befaßt, bezeichnete Bundesminister Lemmer in einer Ansprache die Trennung eines Volkes gegen seinen Willen als unmenschlich. Zur Erfüllung der Menschenrechte gehöre es, so betonte der Minister, daß das deutsche Volk wieder zusammengefügt werde. Lemmer empfahl den Teilnehmern des Kon-

gresses, während ihrer Anwesenheit in Berlin die Flüchtlingslager zu besuchen und das Flüchtlingselend mit eigenen Augen zu sehen.

*

Die Pankower Behörden planen eine weitere Einschränkung des Paketverkehrs zwischen der Sowjetzone und der Bundesrepublik. Der Versand von sogenannten Familienpaketen ist nach Mitteilung des Dresdener Amtes für Zoll- und Warenkontrolle von sofort an nicht mehr zulässig.

Kernfrage ist die Bodenkontrolle

Wird Krenl dem Bau von Beobachtungsstationen zustimmen?

W. Bonn (Eigenbericht). Die grundsätzliche Übereinstimmung der Atomsachverständigen aus Ost und West in Genf wird in Bonn als „erfreulicher Fortschritt in Richtung auf eine internationale Entspannung“ bezeichnet. In Regierungskreisen ist man der Auffassung, daß das Genfer Ergebnis das Zustandekommen einer Gipfelkonferenz erleichtern könne, auf der über die Abrüstung verhandelt werden soll.

Ein Regierungssprecher wies in diesem Zusammenhang auf das Schreiben des Bundeskanzlers an den sowjetischen Ministerpräsidenten hin, in dem Dr. Adenauer Mitte Juli Chruschtschow mitgeteilt hatte, daß die Bundesregierung an einer

Einstellung der Kernwaffenversuche sehr interessiert ist.

Der damalige Brief Dr. Adenauers enthielt darüber hinaus aber einen anderen Hinweis, dessen Bedeutung jetzt klarer hervortritt. Der Kanzler hatte die Einstellung der Kernwaffenversuche ausdrücklich mit einer Lösung des allgemeinen Abrüstungsproblems verbunden und dabei angedeutet, daß die bloße Beendigung der Atomversuche seiner Ansicht nach noch nicht ausreiche, um der Welt das Gefühl der Sicherheit wiederzugeben. Wenn man in Bonn

den guten Ausgang der Genfer Besprechungen auch aufrichtig begrüßt, so neigt man hier doch weniger als in anderen westlichen Hauptstädten dazu, dieses Ergebnis zu überschätzen. In Regierungskreisen weist man darauf hin, daß die von den Versuchsreihen ausgehende radioaktive Strahlung nur eine der Gefahren der Atomrüstung darstelle, und zwar sicher eine kleine Gefahr im Vergleich zu dem ungeheuren Risiko eines Atomkrieges.

Die Einstellung der Kernwaffenversuche läßt man in Bonn nicht als einen Akt des guten Willens gelten, weil die Sowjetunion kurz vorher eine Versuchsserie abgeschlossen hatte,

Dulles warnt Peking vor Angriff

Eroberung von Quemoy wäre keine „beschränkte Operation“

Washington (dpa). Außenminister Dulles hat die Chinesische Volksrepublik vor dem Versuch gewarnt, die vor dem Festland liegenden, nationalchinesischen Inseln anzugreifen, da dies den Frieden im Fernen Osten bedrohen könnte. Es wäre höchst gewagt, anzunehmen, daß ein solcher Angriff eine „beschränkte Operation“ sein könnte.

Die Stellungnahme ist in einem Schreiben des Außenministers an den Vorsitzenden

des Außenpolitischen Ausschusses des Repräsentantenhauses, Morgan, enthalten, der sich besorgt über die Verstärkung der rochinesischen Luftstreitkräfte gegenüber den Inseln Quemoy und Matsu geäußert hatte. Dulles erwiderte, die amerikanische Regierung sei beunruhigt über den kommunistischen Aufmarsch, der andeute, daß Peking möglicherweise versuchen könnte, die gegenwärtige Situation gewaltsam durch Eroberung der Inseln zu ändern,

Steine auf Sowjets

Montevideo (dpa). In der Hauptstadt Uruguays ist es zu neuen anti-sowjetischen Demonstrationen gekommen. Studenten bewarfen verschiedene Mitglieder einer sowjetischen Parlamentsdelegation mit Steinen. Sie setzten damit ihre vor einigen Tagen begonnenen Demonstrationen gegen die Anwesenheit sowjetischer Parlamentarier in Uruguay fort. Die Studenten zogen durch die Innenstadt mit Transparenten, auf denen unter anderem zu lesen war: „Wer von euch befahl die Massenmorde?“

Teure Medikamente

Weil er sich ein für seine Heilung notwendiges Medikament in Westberlin gekauft hatte, wurde ein Zahnarzt aus dem Bezirk Neubrandenburg wegen „Vergehens nach dem Gesetz zum Schutz des innerdeutschen Handels“ zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach Mitteilung des Informationsbüros West war dem Zahnarzt sogar von den Ärzten in der Ostberliner Charité empfohlen worden, sich zur Behandlung eines nervösen Hautleidens das Medikament zu besorgen, von dem es in der Anklageschrift heißt: „Dieses wirklich wirksame Mittel steht nur in geringem Umfange für schwerste Fälle unseren Ärzten zur Verfügung.“

Warum Prof. Hämel floh

Berlin (ap/dpa). Zehn Tage vor der mit großem Propagandaufwand von den Pankower Behörden angekündigten 400-Jahr-Feier der Friedrich-Schiller-Universität in Jena ist deren Rektor und Ehrenbürger der Stadt Jena, Prof. Hämel, mit seiner Frau nach Westberlin geflüchtet. Prof. Hämel, der seit 1935 an der Universität Jena lehrte und seit sieben Jahren das Amt des Rektors innehatte, war vom Staatssekretär für das Hochschulwesen, Girmus, aufgefordert worden, auf der Pressekonferenz am vergangenen Donnerstag in Ostberlin ein Bekenntnis zur Umwandlung seiner Hochschule in eine „sozialistische Universität“ zu verlesen und sich anschließend den Pressevertretern zur Diskussion zu stellen. „Nachdem ich nach eingehender Überlegung keinen Weg mehr gesehen habe, wie

ich mich dieser Aufgabe ohne eine Verletzung meiner Pflichten als Rektor würde entziehen können, habe ich mich entschlossen, das Gebiet der DDR zu verlassen“, erklärte Prof. Hämel jetzt.

In einer der Presse übergebenen kurzen Erklärung betonte der Rektor der Friedrich-Schiller-Universität: „Als ich vor sieben Jahren das Rektorat übernahm, war ich der Hoffnung, daß ich die akademischen Belange dieser alten traditionsreichen Universität durch meine Arbeit würde wahren können... Die zunehmende Politisierung des Hochschullebens, insbesondere nach der 3. Hochschulkonferenz und nach dem V. Parteitag der SED hat jedoch eine Situation hervorgerufen, die allmählich immer unerträglicher wurde.“



BILDER DER WOCHE. Oben: Glückstrahlende deutsche Sprinter umarmten sich in Stockholm. Armin Hary (links) errang den ersten, Manfred Germar den zweiten Platz bei den Europameisterschaften im 100-m-Lauf. — Unten: Vor einem Militärgericht in Bagdad begann ein Prozeß gegen 108 Iraker, denen Hochverrat, Verschwörung und Korruption zur Last gelegt werden. In dem Käfig der Angeklagte Generalmajor Daghistani.

